

Iran - gewichtiger Gegenspieler westlicher Interessen

Beck, Martin; Shabafrouz, Miriam

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Beck, M., & Shabafrouz, M. (2007). *Iran - gewichtiger Gegenspieler westlicher Interessen*. (GIGA Focus Nahost, 10). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274137>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Iran – gewichtiger Gegenspieler westlicher Interessen

Martin Beck und Miriam Shabafrouz

Trotz der Kontrollen und Verhandlungen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), zwei mit Sanktionen verbundenen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) sowie verschärfter Wirtschafts- und Finanzsanktionen der USA wird in Iran weiter Uran angereichert. Deshalb werden bei westlichen Akteuren, insbesondere in den USA und Israel sowie neuerdings in Frankreich Forderungen nach härteren Strafmaßnahmen laut. Auch eine militärische Intervention wird offen als Option diskutiert. Am 17. Oktober 2007 verschärfte US-Präsident George W. Bush den Ton, als er die Gefahr eines „Dritten Weltkrieges“ heraufbeschwor, sollte Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangen.

Analyse:

- Die aufgeheizte öffentliche Debatte über Iran erklärt sich aus der Angst vor den Folgen einer möglichen atomaren Aufrüstung Teherans und der offenen Infragestellung des Existenzrechts Israels durch den iranischen Präsidenten Mahmud Achmedinejad.
- Gleichwohl bedarf es eines nüchternen Blicks, der die Rationalitäten der Akteure beleuchtet und die systemischen Verstrickungen deutlich macht, in denen sie sich befinden. Dabei geht es nicht darum, um Verständnis für die eine oder andere Seite zu werben, vielmehr soll die jeweilige Handlungslogik begreiflich gemacht werden.
- Die von Iran mit leidlichem Erfolg genutzte Chance, sich den Sanktionen weitgehend zu entziehen, verweist auf eine globale Entwicklung, die durch das iranische Verhalten zugleich verstärkt wird: die Multipolarisierung des internationalen Systems durch aufstrebende regionale Führungsmächte.
- Der Konflikt des Westens mit Iran besitzt neben einer gravierenden regionalpolitischen Bedeutung auch eine globale Dimension, die sich auf Energiepolitik und im Zusammenhang mit dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) auch auf Fragen des Weltfriedens erstreckt.

Schlagworte: Iran, Außenpolitik, Atomkonflikt, Energiepolitik, Israel, USA, EU, Sanktionen, neue regionale Führungsmächte, „Pariastaaten“

1. Einleitung

Iran tritt bei *allen* vitalen Interessen, die der Westen in Nah- und Mittelost hat, als gewichtiger Gegenspieler auf, und dies mit erheblichen Auswirkungen auf globaler Ebene: bei 1. dem Zugang zu fossilen Energieträgern, 2. der Wahrung der Sicherheit Israels, 3. der Vermeidung einer weiteren Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, 4. der Eindämmung des islamistischen Extremismus und Terrorismus sowie 5. der geopolitischen Kontrolle der Golfregion.

2. Iran als zentraler Energielieferant in einer zunehmend multipolaren Welt

Iran, Gründungsmitglied der Organisation erdöl-exportierender Länder (OPEC), ist der viertgrößte Erdölproduzent der Welt. Zu den Hauptabnehmern gehörten 2005 Europa einschließlich der Türkei mit einem Drittel und Japan mit gut einem Fünftel sowie China mit einem Zehntel der iranischen Produktion. Noch deutlich höher als sein Weltmarktanteil von 5 % bzw. 4 % bei Erdöl und Erdgas liegt Irans Anteil an den global nachgewiesenen Vorräten, die sich beim Erdöl auf 11 % und beim Erdgas sogar auf 16 % belaufen. Angesichts der nahenden Verknappung der Ölvorräte in der Nordsee und Nordamerika ist somit davon auszugehen, dass die Bedeutung Irans als Lieferant von Energieträgern weiter steigen wird.

Für europäische Länder ist Iran aufgrund der geografischen Nähe und wegen der angestrebten Diversifizierung der Lieferländer vor allem als Erdgaslieferant langfristig interessant, wodurch im energiepolitischen Bereich eine transatlantische Interessendivergenz konstituiert wird. Doch auch die erstarkenden Wirtschaften Chinas und Indiens treten zunehmend als Konkurrenten um die Ressourcen gerade im Mittleren Osten auf. China weitet nicht nur seinen Erdölhandel mit Iran aus, sondern investiert auch verstärkt in den iranischen Gassektor. Zudem liegen zwischen Iran, Pakistan und Indien Pläne für eine „Peace Pipeline“ für den Erdgastransport vor.

Die Öffnung Irans gen Ostasien lässt sich als erfolgreiche Anpassung an die westliche Sanktionspolitik interpretieren. Als sich, nicht zuletzt aufgrund US-amerikanischen Drucks, im Sommer 2007 europäische Großbanken aus Iran zurückzogen, wurden sie durch kleinere Geldinstitute, teil-

weise aus Malaysia und China, ersetzt, die auf dem US-amerikanischen Finanzmarkt weniger zu verlieren haben. Auch bei den Handelspartnern kam es zu Verschiebungen: Deutschland hat Schwierigkeiten, seine langjährige Position als zweitwichtigster Handelspartner Irans zu verteidigen, und wurde zumindest temporär – im Jahr 2006 – von China (und innerhalb Europas von Italien) überholt. Auch wenn es sich offensichtlich um Alarmismus handelt, so erscheint doch bemerkenswert, dass die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern verlautbaren ließ, dass bei einem Verlust des Irangeschäftes 10.000 Arbeitsplätze in Deutschland bedroht seien.

Die skizzierte Entwicklung reflektiert – und verstärkt zugleich – eine zentrale Tendenz des internationalen Systems: die Herausforderung des von den USA als einzig verbliebener Supermacht geprägten unipolaren Systems qua Multipolarisierung durch aufstrebende Regionalmächte. Dieser Trend hat zumindest bisher eine Durchsetzung westlicher Interessen verhindert, und dies obwohl die EU, die mit Teheran lange den auf „soft power“ gegründeten Ansatz des „kritischen Dialogs“ gepflegt hat, seit Januar 2006 immer mehr auf den US-amerikanischen Kurs eingeschwenkt ist. Moskau und Peking, die westlichen Forderungen nach einer konzertierten Politik und härteren Sanktionen gegen Iran skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts ungleich stärker als im vergangenen Jahrhundert. Aber auch Iran ist mächtiger und selbstbewusster, obwohl die 1995/96 unter Präsident Bill Clinton verschärften Sanktionen der USA die Wirtschaft Irans durchaus getroffen haben. Auch wenn etwa die Hauptgründe für die schleppende Modernisierung der iranischen Raffineriekapazitäten in internen, vor allem auch ideologischen Entwicklungsblockaden zu suchen sind, so trägt auch die Sanktionspolitik dazu bei, den Erwerb westlicher Technologien und westlichen Knowhows zu erschweren. Wie dringend dieser notwendig wäre, wird geradezu symbolhaft daran deutlich, dass Iran nicht einmal fähig ist, den Eigenbedarf an Benzin zu decken, das vielmehr zu 40 % importiert werden muss. Die daraus resultierenden Haushaltsprobleme Irans sind zwar gravierend, aufgrund der stark gestiegenen Erdölpreise und des damit verbundenen Machtzuwachses konnte das Regime die Krise aber bisher in den Griff bekommen: In der Zeit von März 2006 bis März 2007 nahm das Regime, dessen Haushalt sich zu mehr als der Hälfte aus der Produktion von

Energieträgern speist, insgesamt 54 Mrd. US\$ aus dem Ölexport ein, was einen Zuwachs von 13,6 % im Vergleich zum davorliegenden iranischen Kalenderjahr bedeutet.

Hinzu kommt eine ideelle Problematik der westlichen Sanktionspolitik, die deren Durchsetzungsfähigkeit in den Gesellschaften und vielen Regierungsapparaten von Entwicklungsländern verringert: Auch Gegner des islamistischen Regimes in Teheran assoziieren mit externem Druck und Sanktionen der USA mehr oder minder stark die Ära des Imperialismus. Speziell im iranischen Fall ist Bestandteil der kollektiven Erinnerung der Umgang des Westens mit dem nationalistischen Regime Mohammad Mossadeghs: Nachdem der Erdölsektor 1951 nationalisiert worden war, organisierten die großen Konzerne ein Ölembargo, das das Regime entscheidend schwächte, so dass es 1953 durch einen von der CIA unterstützten Putsch gestürzt und die Monarchie restauriert werden konnte.

Iran ist heute selbst bemüht, Erdölpolitik als Vehikel einer gegen die USA gerichteten Politik zu nutzen. So rechnet Iran – nach eigenen Angaben – inzwischen zwei Drittel seiner Öl- und Gasexporte in Euro und ein Fünftel in Yen ab. Diese Maßnahme hat allerdings noch kaum das Maß symbolischer Politik überschritten, zumal die von Iran seit längerem geplante internationale Ölbörse bisher nicht eingerichtet wurde. Gleichwohl gilt es zu beachten, dass der – bisher unbestrittene – US-Dollar-Standard der internationalen Erdölmärkte eine zentrale Machtressource der USA bildet, denn solange der US-Dollar in „schwarzem Gold“ aufgewogen wird, reduziert dies den Abwertungsdruck auf die US-Währung.

Auch zeigt sich Iran in der Lage, Spannungen im internationalen System für sich zu nutzen. So hat offensichtlich die russische Empörung über die US-amerikanischen Pläne eines Raketenschildes in Polen und Tschechien dazu beigetragen, dass sich Präsident Wladimir Putin im Oktober 2007 für einen „starken Iran“ aussprach.

3. Die westliche Allianz mit Israel und die feindliche Rhetorik Irans

Seit der Revolution in Iran 1979 stellt das Regime das Existenzrecht Israels in Frage. Israel ist zwar seit der Staatsgründung Anfeindungen in der Region ausgesetzt, pflegte aber mit Iran unter Schah Mohammad Reza vergleichsweise gute Beziehungen. Unter

Ruhollah Khomeinis Herrschaft gab es zunächst noch geheime Kontakte, doch rasch brandmarkte Iran Israel als Staatsfeind, schon allein wegen dessen Nähe zum „Großen Satan“ USA. Die Nachfolger Khomeinis griffen dessen israelfeindliche Rhetorik regelmäßig auf, so auch der 2005 gewählte Präsident Ahmadinejad, der wiederholt forderte, dass Israel von der Landkarte verschwinden müsse. Gleichzeitig verschärfte Ahmadinejad die verbalen Attacken, indem er den Holocaust leugnete.

Selbst ohne die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen verbindet sich die ideologische Frontstellung Irans gegen Israel mit einem beträchtlichen Maß an „hard power“: So sind beispielsweise die Shahab-3-Raketen, die mit atomaren, biologischen und chemischen Sprengköpfen beladen werden können, in der Lage, die Distanz von etwa 1.300 Kilometern nach Israel zu überwinden.

Auf der einen Seite lassen sich die antiisraelischen Tiraden Irans als Teil einer kalkulierten Politik deuten: Kein arabischer Staat ist in der Lage, den in den muslimischen Gesellschaften verbreiteten Antizionismus und Antisemitismus so zu bedienen, wie das Iran tut. In strategischen Segmenten der Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens kann sich Iran somit ohne materiellen Aufwand einer Meinungshoheit und Führerschaft innerhalb der muslimischen Welt versichern. Vor allem seit dem Sturz Saddam Husains sieht Teheran erneut die Chance, sich als nahöstliches „Widerstandszentrum“ gegen die USA und Israel zu profilieren und mit der Konstituierung eines gemeinsamen Feindes auch die Kluft zwischen Sunniten und Schiiten zu überbrücken. So gab der geistliche Führer des Landes, Ayatollah Ali Khamenei, am 13. Oktober 2007 die populäre Losung aus, die islamische Welt solle die für den November in den USA anberaumte Nahost-Friedenskonferenz boykottieren.

Auf der anderen Seite haben die Verbalattacken Ahmadinejads den Rest Vertrauen zwischen den Konfliktparteien zerstört und im Westen die Befürchtung genährt, dass die iranische Führung ideologisch derart verblendet sei, dass rationale Restriktionen unwirksam sein könnten. Ein Angriff auf den jüdischen Staat käme angesichts des von Israel und den USA zu erwartenden militärischen Gegenschlags zwar politischem Suizid gleich, dem kann aber entgegengehalten werden, dass Fanatismus die Überschreitung von Rationalismus inhärent ist. Allerdings geht die Forschung über Islamismus ganz überwiegend davon aus, dass es sich nicht um eine apokalyptische Weltanschauung, son-

dern eine politische Ideologie handelt, deren Realisierung das eigene Überleben voraussetzt.

Neben der Rhetorik ist die Islamische Republik von Anfang an mittelbar an Regionalkonflikten mit Israel beteiligt gewesen. So unterstützt sie die palästinensische Hamas und insbesondere die libanesische Hizbullah finanziell, durch militärische Ausbildung und Waffenlieferungen. Die israelische Perzeption, durch Iran nicht nur potenziell, sondern tatsächlich verwundbar zu sein, hat seit dem Sommerkrieg 2006 im Nahen Osten noch zugenommen, als die Hizbullah trotz des massiven Einsatzes der israelischen Armee nicht liquidiert werden konnte.

4. Das iranische Atomprogramm

Die westlichen Befürchtungen im Hinblick auf eine unkontrollierte Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in Nah- und Mittelost konzentrieren sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf das iranische Atomprogramm. Teheran wird allerdings nicht müde zu versichern, dass mit diesem bereits in der Ära Pahlavi aufgenommenen und vom islamistischen Regime zunächst auf Eis gelegten Projekt keine militärischen Ambitionen verknüpft seien und dass das Programm der Deckung des eigenen Energiebedarfs dienen solle.

Zwar entbehrt die Argumentation Irans insofern nicht einer gewissen Logik, als der stark wachsende interne Energiebedarf partiell durch Atomkraft gedeckt und damit der Anteil des Exportes an der Erdölproduktion – dem zentralen Devisenbringer – erhöht werden könnte. Letztlich aber ist das Argument unplausibel, weil das islamistische Regime in Teheran eine vordringlichere und mit sehr viel weniger Aufwand zu bewerkstellende Aufgabe – nämlich die Modernisierung seiner Erdölförderanlagen und vor allem den Ausbau der Naturgasproduktion – seit Jahren stark vernachlässigt. Erschwerend kommt hinzu, dass das Programm zunächst geheim gehalten wurde, was das Misstrauen der internationalen Gemeinschaft wecken musste.

Seit das Urananreicherungsprogramm im August 2002 offenbar wurde, wird Iran vom Westen unter wachsenden Druck gesetzt, dieses zu beenden. Er besteht dagegen auf seinem Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie und auf Schließung des Brennstoffkreislaufs, das in dem von Iran 1970 ratifizierten NVV enthalten ist. Der Vorschlag,

atomare Brennstäbe aus Europa oder Russland zu beziehen, lehnt Iran bisher kategorisch ab. Anfang 2006 verkündete Ahmadinejad, Iran habe die Anreicherung zu „Forschungszwecken“ wieder aufgenommen. Da der Sperrvertrag selbst keine Sanktionen vorsieht, wurde der Fall vom Gouverneursrat der IAEA im Februar 2006 an den Sicherheitsrat der VN übergeben, der gemäß Kapitel VII Art. 41 der Charta tätig wurde. Das in der Resolution 1696 gesetzte Ultimatum, bis zum 31. August 2006 die Urananreicherung zu stoppen und offene Fragen der IAEA über das Atomprogramm zu klären, ließ Teheran verstreichen. Im darauffolgenden Dezember verabschiedete der Sicherheitsrat Resolution 1737 und im März 2007 Resolution 1747, die dem Regime gezielte („smart“) wirtschafts- und finanzpolitische Sanktionen auferlegen. Dazu gehören unter anderem ein Waffenembargo, spezifische Reiseverbote und Beschränkungen von Handel und Investitionen. Im November 2007 soll die dritte Resolution mit verschärften Strafmaßnahmen verabschiedet werden. Auch die am 20.10.2007 erfolgte Ablösung des iranischen Atomunterhändlers Ali Laridjani durch Said Djalilis, der als ausgesprochener Hardliner gilt, lässt eine diplomatische Einigung noch schwieriger erscheinen.

Die völkerrechtliche Basis der Verhängung von Sanktionen ist dabei nicht unstrittig, zumindest solange kein eindeutiger Beweis für ein militärisches Programm beigebracht ist. Dem Beispiel Nordkoreas aus dem Jahre 2003 folgend, besäße Iran außerdem die Option, seine Mitgliedschaft im NVV aufzukündigen.

Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gehören dem exklusiven Club der durch den NVV legitimierten Atomkräfte an. Sie haben kein Interesse daran, dass die Anerkennung dieses Vertrages durch Iran ins Wanken gebracht wird. Andererseits sind die unterschiedlichen wirtschafts- und energiepolitischen Interessenlagen der Vetomächte als massiver Störfaktor für eine Politik der umfassenden „Parialisierung“ Irans durch die Weltgemeinschaft anzusehen. China und Russland sind zwar bestrebt, Iran den Aufstieg zur Atommacht zu verwehren, sind jedoch gleichzeitig aus energiepolitischen wie auch machtpolitischen Gründen um gute Beziehungen zu Teheran bemüht.

Angesichts der prekären regionalen Sicherheitslage, der geografischen Nähe anderer Atomkräfte – Indien, Pakistan und allen voran Israel – sowie der US-Besatzung im Irak und der Präsenz von NATO-Truppen in Afghanistan ist evident, dass

Iran sich bedroht fühlt. Spätestens seitdem US-Präsident George W. Bush am 29. Januar 2002 Iran in die „Achse des Bösen“ einreichte und 2003 den Militäreinsatz im Irak lancierte, während mit Nordkorea verhandelt wurde, erscheint plausibel, dass das islamistische Regime in Teheran eine grundlegende Konsequenz gezogen hat: Es ist günstiger, den USA militärisch aus der Position Nordkoreas als aus jener des Irak zu begegnen.

Die Schlussfolgerungen aus diesem Befund variieren je nach Weltbild. Sofern man bereit ist, sich auf die rationalistische Logik der Abschreckung zu verlassen, wäre das Zukunftsszenario, wonach Iran über Nuklearfähigkeit verfügte sowie Iran und Israel sich gegenseitig in Schach hielten, weniger zu fürchten als die gegenwärtige Konstellation, in der noch Aussichten bestehen, dies zu verhindern. Denn in Situationen, in denen sich die relative Verteilung regionaler Machtpotenziale zu verschieben droht, ist generell von einer erhöhten Wahrscheinlichkeit kriegesischer Auseinandersetzungen auszugehen, insbesondere wenn der Konflikt ideologisch aufgeheizt ist: Israel als bisher einzige Atommacht im Nahen und Mittleren Osten ist jener Spieler in der Region, der im Falle einer Realisierung iranischer Nuklearwaffenfähigkeit am meisten verlore, und für Iran wäre genau diese Aussicht ein großer Gewinn. Bezweifelt man (im Falle Irans) allerdings die Gültigkeit der rationalistischen Abschreckungslogik, wäre die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit unabsehbaren Folgen gerade dann besonders groß, sobald Iran nuklearwaffenfähig wäre: Im Sinne der Denkschule vom „Kampf der Kulturen“ (Huntington) besteht das Schreckensszenario darin, dass das Regime in Teheran ohne Rücksicht auf eigene Verluste Israel atomar angriffe.

Nüchtern betrachtet könnte sowohl ein begrenzter Militärschlag, der auf die Zerstörung der Infrastruktur des iranischen Atomprogramms oder der strategischen Positionen der Revolutionsgarden zielt, als auch eine umfassendere Operation, die nach dem irakischen Vorbild einen gewaltsamen Regimewechsel herbeizuführen versucht, nur lanciert werden, sofern die Regierung in Washington bereit wäre, ein sehr hohes Risiko einzugehen. Iran hat aus dem israelischen Schlag gegen den irakischen Reaktor Tamuz im Juni 1981, der das Atomprogramm Saddam Husains um Jahre zurückwarf, gelernt und seine Atomanlagen diversifiziert und sehr viel besser gegen mögliche Angriffe geschützt. Außerdem ist Iran deutlich gefestigter und wehr-

hafter als der 2003 durch den Zweiten Golfkrieg (1991) und die jahrelange Embargopolitik der VN stark geschwächte Irak. Bei einer Eskalation der Krise könnte es auch zu einer Blockade der Straße von Hormuz kommen, über die der weltweite Öl-export im Persischen Golf läuft. Folge davon wäre zumindest kurzfristig eine weltweite Energiekrise.

Vor diesem Hintergrund gibt es auch in Israel einige Stimmen, die wie jene des ehemaligen Außenministers Shlomo Ben-Ami dafür plädieren, die Nuklearwaffenfähigkeit Irans als absehbares *fait accompli* zu betrachten und sich auf die Frage zu konzentrieren, wie Iran in ein Konzept regionaler Stabilität einzubinden wäre.

5. Iran und das Interesse des Westens an einer Eindämmung des Islamismus

Iran ist der einzige islamistische Staat in der Region und hatte anfangs unter Khomeini das ausgesprochene Ziel, seine Revolution in die islamische Welt zu exportieren. Bis heute zeugt die Verbindung insbesondere mit der Hizbullah, dass Iran als staatlicher Hort einer revolutionären transnationalen Bewegung des Panislamismus agiert.

Die Beziehungen zwischen dem Westen und der Islamischen Republik Iran waren von Anfang an sehr angespannt. Als Reaktion auf die Besetzung der US-Botschaft 1979 und der 444 Tage währenden Geiselnahme US-amerikanischer Staatsbürger/innen brachen die USA die diplomatischen Beziehungen ab. Um das Regime in Teheran einzudämmen, unterstützte der Westen sogar den Irak im Ersten Golfkrieg (1980-1988).

In der zweiten Hälfte der Ära Khomeini und erst recht nach dessen Tod verfolgte Iran das Ziel des Revolutionsexportes nicht mehr offensiv. Präsident Ali Akbar Hashemi Rafsandjani (1989-1997) und dessen Nachfolger Seyyed Mohammad Khatami (1997-2005) bemühten sich um eine pragmatische Überwindung der Isolation Irans. Unter Rafsandjani wurden engere Beziehungen zu China und Russland geknüpft, und Khatami intensivierte die Beziehungen zu den europäischen Handelspartnern, insbesondere zu Deutschland, Frankreich und Italien.

Die Regierung Ahmadinejads brach mit diesen Annäherungsversuchen und verfolgte stattdessen eine Politik der Kooperation mit Staaten, die ebenfalls auf Konfrontationskurs mit den USA stehen. Die westliche Politik einer „Pariaisierung“ Irans

könnte sich somit als „self-fulfilling prophecy“ entpuppen: Iran arbeitet innerhalb wie außerhalb der Region mit Akteuren wie Syrien und Venezuela zusammen, die ihm ideologisch eigentlich sehr fern stehen. Das zentrale Verbindungsglied stellen dabei Antiamerikanismus und explizite oder implizite Mitgliedschaft in der „Achse des Bösen“ dar.

Mit den Sanktionen verbindet sich auch die Hoffnung, die wachsende Unzufriedenheit mit der islamistischen Regierung in Iran zu nutzen, die Opposition zu stärken und dadurch einen Regimewechsel herbeizuführen. Andererseits erzeugt der externe Druck ungewollt Kohäsionseffekte („rally around the flag“). Vor allem der wahrgenommene „Doppelstandard“ des Westens, der Iran ein Nuklearprogramm verweigert, während der faktische Atomwaffenbesitz Israels kritiklos akzeptiert wird, verletzt das ausgeprägte Nationalgefühl vieler Iraner/innen, und das weitgehend unabhängig von ihrer Einstellung zum islamistischen Regime.

6. Iran und das westliche Interesse an geopolitischer Kontrolle im Golf

Durch die Kriege in Afghanistan 2001 und Irak 2003 hat die Konfliktlage in der Golfregion an Brisanz gewonnen. Iran weist seitdem gleichsam gemeinsame Grenzen mit den USA auf, was angesichts der anarchischen Struktur des regionalen Systems und des zerstörten Vertrauens zwischen den Parteien intensive Bedrohungswahrnehmungen fördert: Iran sieht sich von den USA und deren „Satelliten“ umzingelt, die USA wiederum begreifen das iranische Interesse an einer Einflussnahme im Irak als massive Gefahr für ihre eigene Interessenwahrnehmung.

Iran hat von der Schwächung des Irak und den Problemen der USA, dort eine stabile Nachkriegsordnung zu etablieren, aber durchaus auch profitiert, denn mit dem Sturz Saddam Husains haben die USA auch einen wichtigen Konkurrenten Irans um die Vorherrschaft in der Golfregion ausgeschaltet.

„Objektiv“ verbindet die USA und Iran das gemeinsame Interesse, eine weitere Destabilisierung des Irak zu vermeiden. Aufgrund des massiven Misstrauens auf beiden Seiten kann hierauf aber kaum aufgebaut werden, vielmehr wird das Verhalten des jeweils anderen grundsätzlich als illegitimer Einmischungsversuch wahrgenommen. So wirft Iran dem Westen vor, „subversiv“ agierende ethnische Minderheiten wie die Kurden und die Belutschen in Iran zu unterstützen, und die USA pran-

gern das iranische Engagement im Irak als gezielte Politik einer systematischen Destabilisierung an. Auch die im März 2007 im Rahmen der internationalen Irak-Konferenz aufgenommenen Gespräche zwischen Vertretungen Irans und der USA, die Hoffnungen auf einen diplomatischen Durchbruch weckten, wurden bei der Folgekonferenz im Mai abrupt abgebrochen. Wenn die iranische Regierung allerdings immer wieder vehement den Rückzug der US-Truppen aus dem Irak fordert, handelt es sich hierbei bis zu einem gewissen Grad um Rhetorik, denn die Absorption der US-amerikanischen Streitkräfte im Irak reduziert auch die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs auf Iran.

Einen vorläufigen Tiefpunkt in den bilateralen Beziehungen beider Staaten bildet die am 25. Oktober 2007 verkündete Entscheidung der US-Regierung, die Revolutionsgarden – die Pasdaran – als Lieferanten von Massenvernichtungswaffen zu verurteilen. Die etwa 125.000 Mann starke Pasdaran, die als revolutionärer militärischer Arm parallel zur regulären Armee besteht, ist einflussreich in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und stellt das Rückgrat der iranischen Führung unter Ahmadinejad dar, der selbst aus ihren Reihen stammt. Von zumindest erheblicher symbolischer Bedeutung ist außerdem, dass die US-Regierung mit den Al-Quds-Brigaden, einer auf Auslandsoperationen spezialisierten Eliteeinheit der Pasdaran, eine staatliche Institution als „Unterstützer des Terrorismus“ brandmarkte.

7. Ausblick

Die im Zusammenhang mit dem Konflikt mit Iran häufig geführte normative Debatte ist wichtig und legitim, wird aber oft erhitzt geführt. Deshalb sollte dieser Beitrag eine betont nüchtern-analytische Perspektive eröffnen. Abschließend sollen drei Szenarien des westlichen Umgangs mit dem iranischen Atomprogramm diskutiert werden.

Die Möglichkeit eines militärischen Schlages, ja sogar eines Krieges gegen Iran wird in der öffentlichen Debatte als mögliches *erstes Szenario* inzwischen offen angesprochen. Es hätte den Rahmen des vorliegenden Beitrages gesprengt, wären die damit verbundenen ethischen Probleme diskutiert worden. Es ist aber deutlich geworden, dass die Risiken für den Westen, die mit einer militärischen Auseinandersetzung in Iran verbunden wären, als ausgesprochen hoch einzuschätzen sind. Gleichzeitig sind die Erfolgsaussichten zweifelhaft, Iran

durch Gewalt dauerhaft und verlässlich von einem militärischen Nuklearprogramm abzubringen.

Gleichzeitig steht für den Westen aber viel auf dem Spiel, wenn er – einem *zweiten Szenario* zufolge – Iran gewähren ließe und dieser seine Spielräume nutzen sollte, Nuklearwaffenfähigkeit zu erlangen. Nachdem die USA intensiv versucht haben, Iran an seiner strategischen Entfaltung zu hindern und das islamistische Regime auch ideologisch durch eine Politik der „Pariaisierung“ einzudämmen, käme dies zunächst einer offensichtlichen und schmerzhaften strategischen Niederlage der einzig verbliebenen Supermacht gleich – und dies gegen ein unterentwickeltes, gänzlich vom Rohstoffexport abhängiges Land, das es bisher nicht einmal überzeugend vermocht hat, seine Ansprüche als regionale Führungsmacht zu untermauern. Viel gravierender als diese bilaterale Dimension aber wären noch die regionalpolitischen und globalen Implikationen dieses Szenarios: Würde Iran über Nuklearwaffen verfügen und mittel- bis langfristig womöglich militärstrategische Parität mit Israel gewinnen, käme dies einer Degradierung *des* zentralen Verbündeten des Westens in Nah- und Mittelost gleich. Schwerwiegend wäre auch, dass erstmals ein Staat, der die Zerstörung Israels zur Staatsdoktrin erhoben hat, tatsächlich die Mittel in der Hand hätte, Israel durch einen militärischen Angriff massiven Schaden zuzufügen. Weiterhin drohte die Erosion des NVV, der am Ende des 20. Jahrhunderts noch als einer der erfolgreichsten Regelungsmechanismen im internationalen System gelten durfte. Eine von den USA nicht mehr zu kontrollierende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen stellte nichts weniger als die Unipolarität des internationalen Systems, wie es sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausgebildet hat, in Frage.

Angesichts der offensichtlich geringen Attraktivität der beiden ersten Szenarien besticht als Alternative ein *drittes Szenario*: auf friedlichem Wege zu verhindern, dass Iran zur Atommacht aufsteigt. Dieses Ziel ist auch kaum strittig – wohl aber, ob die vom Westen hierfür primär eingesetzten Mittel, nämlich materielle Sanktionen und „Pariaisierung“, geeignet sind, es zu erreichen. Die vorgelegte Analyse muss hier eher skeptisch stimmen, denn die Multipolarisierung des internationalen Systems erscheint zu fortgeschritten und die Attraktivität Irans als Energielieferant für regionale Führungsmächte wie China zu hoch, als dass Iran vom Westen mit befriedigender Aussicht auf Erfolg in konfrontativer Weise zu einer Verhaltensände-

rung bewegt werden könnte. Allerdings war dies auch der Fall, als die EU-Troika – Großbritannien, Frankreich und Deutschland – Iran im Austausch für eine Aussetzung der Urananreicherung 2006 eine weit reichende wirtschaftliche Kooperation anbot, womit die Grenzen dessen erreicht waren, was die USA mit zu tragen bereit waren. Summa summarum deuten die Entwicklungen im Jahre 2007 nicht darauf hin, dass ein Durchbruch im Sinne des dritten Szenarios bevorsteht.

Literatur

- Akbari, Semiramis (2007): Irans revolutionäre Außenpolitik: Realität oder Rhetorik? Verschiebungen der inneren Machtbalance, in: Bruno Schoch et al. (Hg.): Friedensgutachten, Münster, S. 160-171.
- Kubbig, Bernd W. (2007): Internationale Sanktionen gegen den Iran: Erfolgsbedingungen und Effektivität (HSFK-Report 4), Frankfurt a.M.
- Parsi, Trita (2007): Iran and Israel: The Avoidable War, in: Middle East Policy, Vol. 14, No. 3, S. 79-85.
- Reissner, Johannes (2007): Iran: Autokratischer Islamo-Nationalismus mit Erdölpolster, in: Harks, Enno/Müller, Friedemann: Petrostaaten. Außenpolitik im Zeichen von Öl, Baden-Baden, S. 35-53.
- Thränert, Oliver (2003): Iran, the Bomb, and the Future of the Nuclear Non-Proliferation Treaty, in: Eugene Whitlock (Hg.): Iran and Its Neighbors. Diverging Views on a Strategic Region, Berlin, S. 42-52, zugänglich unter: www.swp-berlin.org.

■ Die Autoren

PD Dr. Martin Beck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien (IMES). Darüber hinaus ist er Privatdozent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg. Im Wintersemester 2007/08 vertritt er eine Professur für Internationale Beziehungen an der Universität Bremen.

E-Mail: beck@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/beck>.

Miriam Shabafrouz, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, bearbeitet im DFG-Projekt „Risikofaktor Ressourcenreichtum?“ unter Leitung von Dr. Matthias Basedau die Länder Iran und Algerien. Sie ist außerdem wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien (IMES).

E-Mail: shabafrouz@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/shabafrouz>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Die Forschung zum Iran am GIGA konzentriert sich in Forschungsschwerpunkt 2 und hier insbesondere in den Arbeitsgruppen zu „Pariastaaten“ und „Regionalen Führungsmächten“ sowie im DFG-Projekt „Risikofaktor Ressourcenreichtum? Zur Bedeutung von Kontextbedingungen für den Zusammenhang von natürlichen Ressourcen und Gewalt in Nicht-OECD-Staaten“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Fürtig, Henner (2007): Conflict and Cooperation in the Persian Gulf: The Interregional Order and US Policy, in: Middle East Journal, Vol. 64, No. 4, S. 627-640.

Fürtig, Henner (2006): Iran's Rivalry with Saudi Arabia between the Gulf Wars, Reading (überarbeitete Paperback-Ausgabe).

Fürtig, Henner (2006): Zurück zu Khomeini? Ahmadinejads antiisraelische Rhetorik zwischen Politik und Propaganda, GIGA Focus Nahost, Nr. 11.

Fürtig, Henner (2005): Iran, in: Gumpfenberg, M.-C. von/Steinbach, U. (Hg.), Zentralasien. Geschichte, Politik, Wirtschaft. Ein Lexikon, München: C. H. Beck, S. 113-119.

Kursawe, Janet (2007): Halbzeitbilanz: Innere Entwicklungen in Iran unter Ahmadinejad, GIGA Focus Nahost, Nr. 7.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Nahost* wird vom Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM